

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

8.5.1931 (No. 107)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Kreuzstraße
Nr. 958
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Ständeausschuss:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für isographische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterdachte Druckarbeiten und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abfertigung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesamtes für Arbeitslosenversicherung in der Zeit vom 16. bis 30. April 1931

In der zweiten Hälfte des April hat die bei den südwestdeutschen Arbeitsämtern registrierte Arbeitslosenzahl um rund 23 000 Personen auf 252 000 weiter abgenommen. Aber wie schon in der ersten Monatshälfte, hatten wieder der Bezirk Mannheim, der von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffen ist, gar keinen, und die beiden anderen Großstädte Karlsruhe und Stuttgart nur einen verhältnismäßig sehr geringen Anteil an dieser Entspannung. Den zu Beginn des April in diesen drei Bezirken vorhandenen 93 000 Arbeitslosen standen am Schlusse des Monats immer noch 92 000 gegenüber, während in ganz Südwestdeutschland die Abnahme in derselben Zeit 40 000 betrug. Auch die Bezirke Heilbronn und Pforzheim haben mit der Saisonentwicklung bei weitem nicht Schritt gehalten. Einerseits ist die saisonmäßige Entlastung wegen des daniederliegenden Baumarktes in den Städten in diesem Jahre besonders gering, andererseits läßt die Entwicklung aber auch erkennen, daß sich in der konjunkturellen Industrie noch keine Besserung durchgesetzt hat. Die Betätigung der Arbeitsmarktbewegung in den einzelnen Berufsgruppen bestätigt diese Wahrnehmung. Abgesehen von der Tabakindustrie, die in diesem Frühjahr einer durch die Steuererhebung bedingten Sonderbewegung unterliegt, erstreckt sich die Erleichterung der Arbeitsmarktlage wieder in der Hauptsache nur auf das Baugewerbe, auf die Land- und Forstwirtschaft, die Industrie der Steine und Erden, sowie auf die Konsumgüterindustrien des Spinnstoff- und Bekleidungsgebietes. In den übrigen Berufsgruppen ist die Entspannung der Lage ganz unbedeutend geblieben.

Die finanzielle Belastung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat in der Berichtszeit in Südwestdeutschland eine Abnahme um 17 900 Hauptunterstützungsempfänger erfahren; in der Kreisunterstützung aber hat sich die Unterstützungenzahl wieder um 900 Personen erhöht. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 30. April 1931 nach der Statistik der Arbeitsämter folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 111 618 Personen (86 650 Männer, 24 968 Frauen), in der Kreisunterstützung 40 513 Personen (35 832 Männer, 4681 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 17 026 Personen oder um 10,1 v. H. von 169 157 Personen (135 894 Männer, 33 263 Frauen) auf 152 131 Personen (122 482 Männer, 29 649 Frauen)

dadon kamen auf Württemberg 63 019 gegen 72 354, und auf Baden 89 112 gegen 96 803 am 30. April 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesamtes für Arbeitslosenversicherung kamen am 30. April 1931 auf 1000 Einwohner 30,2 Hauptunterstützungsempfänger gegen 18,5 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von Veränderungen in folgenden Berufsgruppen bestimmt:

Im Baugewerbe war zahlenmäßig wieder die stärkste Entlastung zu verzeichnen; die Abnahme der Arbeitslosen betrug im ganzen 7700 Mann, 4800 Bauhandwerker und 2900 Hilfsarbeiter. Die Ausrichtung des heimischen Baumarktes wird durchweg sehr ungünstig beurteilt. Nach den Berichten dieser Arbeitsämter ist die Zahl der begonnenen Neubauten außerordentlich gering, und vielfach wurde die Beobachtung gemacht, daß Ende März und Anfang April in Arbeit gekommene Bauarbeiter sich jetzt schon wieder arbeitslos melden mußten, da es sich bei den auszuführenden Arbeiten größtenteils um Reparaturen und um die Fertigstellung von bereits stehenden Neubauten gehandelt hatte. Eine merkliche Entlastung der Arbeitslosenzahl ist wieder den mit Förderung der wertschöpfenden Arbeitslosenunterstützung unternehmenen Notstandsarbeiten zuzuschreiben, bei denen in der zweiten Monatshälfte weitere 600 Mann untergebracht werden konnten. Im ganzen sind jetzt annähernd 6000 Mann in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenunterstützung beschäftigt. Das verfügbare Kräfteangebot bei den Arbeitsämtern betrug Ende April noch 23 000 Fach- und 19 000 Hilfsarbeiter gegen 32 000 bzw. 24 000 zu Beginn des Monats.

Die Aufnahmefähigkeit der Industrie der Steine und Erden hat in den meisten Baustoffe herstellenden Zweigen abgenommen. Zahlreiche Steinbruchbetriebe, Ziegeleien, Zementwerke und Schotterwerke haben den Betrieb wenigstens zum Teil wieder aufgenommen, nur wenige aber haben schon ihren vollen früheren Beschäftigungsstand. In manchen Fällen, wo der Betrieb wieder voll im Gang ist, ist eine Verminderung der Beschäftigtenzahl infolge von Rationalisierungsmaßnahmen eingetreten. Die Belastung des Arbeitsmarktes in der ganzen Berufsgruppe ist im April von 8600 Personen auf 5900, also fast um ein Drittel, gefallen.

Der Arbeitsmarkt der Land- und Forstwirtschaft ist in der zweiten Monatshälfte um 1600 Personen und im ganzen Monat um 40 Proz. entlastet worden. Der Stand von 200 verfügbaren Arbeitskräften ist aber noch ungewöhnlich hoch. Im Gegensatz zu früheren Jahren steht noch überall genug brauchbares männliches Personal im Angebot; aber die Nachfrage ist für junge Burshen und für Mägde ausgenommen, auffallend gering. Namentlich stark war der Bedarf an Holzhauern und Kräften für Kulturarbeiten. So konnte ein Arbeitsamt 200 und ein anderes 100 Leute in Arbeit bringen; doch werden diese Arbeiten bald zu Ende gehen. Die Vermittlung für Gärtner blieb ziemlich lebhaft.

Letzte Nachrichten

Sittler als Zeuge

Der Ueberfall im Tanzpalast Eden

EM. Berlin, 8. Mai. (Priv.-Tel.) Das Schwurgericht III in Moabit hatte heute einen „großen Tag“. Bei einer nicht gerade besonders außerordentlichen Verhandlung handelte es sich um den Prozeß gegen vier Nationalsozialisten, die angeklagt waren, den Ueberfall auf die kommunistischen Sportleute im Tanzpalast Eden verübt zu haben, wobei drei Angehörige der SPD durch Schüsse verletzt wurden.

Sittler wurde als Zeuge von den Angeklagten unter Heilrufen mit dem Faschistengruß begrüßt, was der Vorsitzende scharf rügte. Er sollte sich zu den Behauptungen äußern, daß der Sturm 33, dem die Angeklagten angehören, ein sog. „Kollkommando“ gewesen sei, die Tat vorher geplant war, mit dem Ziel, Menschen vorsätzlich zu töten, und daß dieser Plan ihm vorher zu Ohren gekommen und ihm ihm gebilligt worden sei. Sittler erklärte: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß in Berlin ein Sturm mit solchen Aufgaben betraut werden könnte oder sich selbst vornehmen würde. Die SA in der NSDAP kennt überhaupt keine „Kollkommandos“. Die Partei hat die SA nicht geschaffen, um gegen politische Gegner mit Gift oder Dolch vorzugehen. Die SA hat vielmehr die große Aufgabe, die Partei zu schützen und sie gegen Angriffe von links zu schützen, sowie propagandistisch zu wirken durch das Auftreten großer disziplinierter Massen. Ich halte die Weimarer Verfassung für falsch und auch für schlecht. Aber ich weiß, daß ein Versuch, diese Verfassung gewalttätig zu kürzen, Blut kosten würde und wahrscheinlich nutzlos wäre. Ich schäme meine Anhänger daher nicht vor der Maschinenwelle. Ich gehe den von mir eingeschlagenen legalen Weg, aus tiefer und innerer Überzeugung. Freilich gibt es Kreise in der Partei, die diesen legalen Weg als „berpöpst“ oder „berbonat“ hingestellt haben. Diese Leute haben selbst Organisationen geschaffen, die für das Schicksal der Nation vollkommen bedeutungslos sind. Ich habe diese kleinen Gruppen und Gruppchen als das bezeichnet, was man im Jargon „Kollkommando“ nennt, aber niemals die SA selbst. Es kann natürlich einmal sein, daß im Notfall der einzelne SA-Mann, der ja ein gebildetes Mitglied ist, die Grenze zwischen Angriff und Notwehr einmal verläßt. Aber wenn es geschieht, dann ist das nicht der Wille der Partei und auch nicht der Wille des einzelnen SA-Mannes. Solange ich Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin, wird sich an der gesamten Richtung der Partei nichts ändern. Sie wird auf dem Wege der Legalität beharren, und darin wird sie sich von niemandem irren machen lassen. Wir haben in Deutschland Sturmabteilungen, die niemals Zusammenstöße kennenlernen, weil keine Gegner da sind. Ebenso aber haben wir Abteilungen, die aus den Kämpfen nicht herauskommen. Auf eine Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Beder, ob es richtig sei, daß es sich bei Hauptmann Stennes um einen Polizeispion handele, erklärte Sittler: „Ich habe nur stets behauptet, daß Stennes Polizeihauptmann war, der später sich an Radikalismus gar nicht genug tun konnte.“ Natürlich kann ein Spion, der über Geldmittel verfügt, in eine Partei eindringen und Leute um sich sammeln. Wir haben z. B. festgestellt, daß einer unserer radikalsten Führer im Westen lange Zeit hindurch Polizeispion war. Ich habe überall, wo Bewaffnung der SA-Leute festgestellt wurde, durchgegriffen und nötigenfalls Führer und SA-Leute entlassen.

Wirtschaftliche Umschau

Schiene und Kraftwagen — Reichsgesetzliche Regelung verlangt — Die Finanzlage der Reichsbahn

Der sog. Schenker-Vertrag der Reichsbahn ist bekanntlich vom Reichsverkehrsministerium, nachdem zahlreiche Einsprüche und Bedenken aus den Kreisen der Wirtschaft und auch Proteste des Speditionsgewerbes erhoben worden waren, nicht genehmigt worden. Die Reichsbahn, die zuerst den Standpunkt vertrat, daß es einer solchen Genehmigung nicht bedürfte, hat sich nun zu Verhandlungen über eine Änderung des Vertrags bereit erklärt. Damit hat die Reichsbahn das Aufsichtsrecht des Verkehrsministeriums anerkannt, und es ist die Möglichkeit geschaffen, daß der Vertrag eine Gestalt annimmt, die sowohl die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn berücksichtigt als auch eine im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegende Rationalisierung des deutschen Verkehrswezens zu Lande und einen Ausgleich zwischen Schiene und Kraftwagen herbeigeführt. Die Reichsbahn will durch den Vertrag mit der Firma Schenker & Co. zunächst eine Neugestaltung der Bohnhüter-An- und Abfuhr herbeiführen. Ein Werbe- und Güterannahmedienst ist geplant. Außerdem soll der Lastkraftwagenverkehr als Zubringerdienst zur Schiene gefördert, der Fernverkehr mit Lastwagen dagegen möglichst eingeschränkt werden.

An dem Vertrag wurde vor allem gerügt, daß er imstande sei, eine monopolartige Stellung der Firma Schenker zu begründen. Dazu ergibt sich aber noch eine weitere Gefahr, nämlich die, daß infolge des drohenden Vertragsabschlusses die Unternehmungen des Kraftverkehrs zu weitgehenden Zusammenschlüssen gezwungen sind, welche vor allem Abmachungen über Mindesttarife vorsehen. Deshalb wird jetzt die Forderung erhoben, überhaupt den Wettbewerb zwischen Kraftwagen und Eisenbahn durch Reichsgesetz zu regeln, das Übersteuerungen des Transport ausschließt, da die Kartellgesetzgebung nicht genügt und Abmachungen zwischen Reichsbahn (die ja trotz ihrer öffentlichen Charakter in gewisser Hinsicht auch Interessent ist), und Transportgewerbe durchaus keine Garantie dafür geben, daß die volkswirtschaftlichen Erfordernisse gewahrt werden. Es müßte nicht nur eine wirksame Reichsaufsicht, sondern auch eine Mitwirkung des Reichs bei der Festsetzung der gesamten Verkehrsstarife zu Lande durch Gesetz gewährleistet werden. Tarifbindungen sollen ohne gesetzliche Sanktionierung nicht gültig sein, und ein gewisser Teil der Gewinne soll zum Ausbau des Straßennetzes verwendet werden. Es sei eine weitblickende, nicht nur die Nöte des Augenblicks, sondern die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigende Lösung zu suchen, und deshalb die ganze Frage auf eine neue breitere Grundlage zu stellen.

gewinnen, weil die Beschäftigung oft am gleichen Ort und in der gleichen Branche sehr verschieden und starken Schwankungen ausgesetzt ist. Infolge kurzfristiger Sofortaufträge folgen hier sehr oft auf Vollbeschäftigung mit plötzlichem Kräftebedarf und Überarbeit Beschäftigungslosigkeiten mit Kurzarbeit und Entlassungen. Die Entlastung des Arbeitsmarktes des Spinnstoffgewerbes betrug im Monat April rund 1000 Personen oder 11 v. H. Als verfügbares Kräfteangebot waren Ende April noch 7800 Personen vorhanden.

In der Lederherstellung, die bisher recht befriedigend beschäftigt war, ist infolge Entlastung von 140 Arbeitern in einem badischen Betrieb eine leichte Verschlechterung eingetreten. Im lederverarbeitenden Gewerbe hat die gute Beschäftigung der Kofferindustrie weiterhin angehalten.

In der Holzindustrie betrug die Abnahme der Arbeitslosenzahl 1500 Personen. Arbeit fanden vor allem Bauhölzerer und Mahlenmacher, sowie Sägewerksarbeiter. In der Möbeldindustrie hielt sich die Besserung in ganz engen Grenzen.

In Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war der Bedarf in der Konfektfabrikation noch sehr gering. Erheblich gebessert hat sich der Beschäftigungsgang der Tabakindustrie, die in der zweiten Aprilhälfte weiteren 5000 Kräften wieder Arbeit gab. Der Stand an unterstützten Arbeitnehmern des Tabakgewerbes betrug Ende April noch an 12 000 Personen, gegen fast 40 000 Ende Januar. In der ganzen Berufsgruppe Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurden Ende April noch 18 700 Arbeitslose gezählt.

Im Bekleidungsgebiet hat sich die Arbeitslosenzahl im Monat April um 1500 Personen auf 8100 vermindert. Für das Schneiderhandwerk hat die Beseufung in einigen Bezirken sogar etwas härteren Umfang angenommen, in anderen aber war die Besserung sehr schwach. In der Schuhindustrie ist der größte Betrieb wieder voll beschäftigt; sonst aber ist die Lage der Schuhindustrie nicht durchaus günstig.

In den anderen Berufs- und Gewerbegruppen sind die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt für die Entwicklung der Berichtszeit nicht von Bedeutung gewesen.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 38. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Übrigens verlangte sowohl die Reichsbahn wie die Kraftverkehrsunternehmen bereits eine gesetzliche Regelung der Wettbewerbsverhältnisse mit dem Kraftwagen, wenn auch im einzelnen die Forderungen noch erheblich auseinandergehen dürften. Die Reichsbahn verweist in ihrem dieser Tage veröffentlichten Jahresbericht für 1930 darauf, daß andernfalls eine Erhöhung der Rohstofftarife unerlässlich sei. Sie könne sonst nicht mehr aus eigener Kraft ihr auf volkswirtschaftlichen Grundsätzen aufgebautes Tarifsystem aufrechterhalten, das unter stärkerer Belastung der hochwertigen Güter niedrige, zum Teil unter Selbstkosten liegende Tarife für Rohstoffe enthalte. Der Wettbewerb des Kraftwagens habe sowohl in den Fernverbindungen als auch in den hochtarifierten Gütern weiter zugenommen, was bereits zu besonderen Konkurrenztarifen zwang, um der Reichsbahn Einnahmen zu erhalten.

Die Organisation der Kraftverkehrsunternehmen setzt sich planmäßig fort. Die Großen haben sich bereits in der sog. „Deukraft“ zusammengeschlossen, während die kleineren Unternehmen eine Rahmenorganisation durch Gründung einer „Auto-Transport-Kontor-G. m. b. H.“ schufen. Es ist eine Preisvereinbarung mit Quotenbindung geplant, außerdem ein fester Kraftwagentarif. Vom Reichsverband der deutschen Industrie kommende Vorschläge, die auf eine Arbeitsteilung der Reichsbahn hinausgehen, sehen dreiklassige Tarife vor, die bei näheren Entfernungen dem Kraftwagen, bei weiteren Entfernungen der Eisenbahn bessere Aussichten im Wettbewerb bieten. Die „Deukraft“ verlangt, mit der Begründung, daß die Grenzen zwischen dem Kraftverkehr und dem Bahnverkehr fließend sind, Einbeziehung in den Schenker-Vertrag, der bekanntlich Haus-Haus-Tarife, unter Wegfall der eigentlichen Speditionskosten vorsieht. Die Reichsbahn soll ihre Kamptarife fallen lassen, wogegen man der Schiene vor allem der Verkehr zwischen Knotenpunkt und Knotenpunkt zugestanden werden soll, außerdem aber will man die Reichsbahn zu einem Verzicht auf den Nahverkehr bringen, wogegen sie Anteile an der „Deukraft“ als ihrer Nachfolgerin im Nahverkehr erhalten soll. Es ist an die allmähliche Entwicklung einer Einheitsorganisation für den gesamten Automobiltransport gedacht, wozu ein Konzeptionsgesetz gefordert wird, das die Erteilung der Konzession vom Beitritt zur Preisvereinbarung abhängig macht. Der Urheber dieses Vorschlags, Dr. Salinger vom Reichsverband der deutschen Industrie, der dem Aufsichtsrat der „Deukraft“ angehört, nennt die neue, unter Reichsaufsicht zu stehende, jedoch private Organisation „Reichsbahn auf Gummi“.

Dies ist der Aufmarsch zu den heute, Freitag, zwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Reichsbahn über die Modifizierung des Schenker-Vertrages beginnenden Verhandlungen, wobei letzten Endes das Reichsverkehrsministerium das maßgebende Wort zu sprechen haben wird. Es handelt sich hier ausschließlich um die Güterbeförderung, während in der Personenbeförderung die Reichsbahn mit der Reichspost immer mehr zusammenarbeitet. Nach ihrem oben erwähnten Geschäftsbericht betreibt die Reichsbahn zur Zeit bereits 51 Kraftlinien mit 1122 Kilometer Streckenlänge gemeinsam mit der Reichspost.

Die Reichsbahn hat das Geschäftsjahr 1930 zwar ohne Verlust abgeschlossen, aber nur dadurch, daß aus dem Vorjahr ein Vortrag von 179 Mill. Reichsmark herangezogen und 134 Mill. Reichsmark Kredite des Reichs, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Fortführung angefangener Bahnbauten gegeben worden waren, niedergeschlagen worden sind. Solche außergewöhnliche Maßnahmen haben bei einem Einnahmerückgang von 783 Mill. Reichsmark (14,63 Proz.) und einem Ausgaberrückgang von 494 Mill. Reichsmark (10 Proz.) den Ausgleich der Jahresrechnung ermöglicht. Der Güterverkehr ist weit stärker als der Personenverkehr gesunken. Die Bedeutung des Güterverkehrs geht aber daraus hervor, daß die Einnahmen daraus im Geschäftsjahr 1930 2839 Mill. Reichsmark betragen, während der Personen- und Gepäckverkehr nicht einmal die Hälfte, nämlich 1345 Mill. Reichsmark betrug. Für das Reich waren zusammen 1228 Mill. Reichsmark aufzubringen, davon 660 Mill. für Reparaturen, 289 Mill. Beförderungssteuer, 226 Mill. vermehrte Pensionslast. Das Gesamtpersonal (49 Proz. sind Beamte) ist um 30 000 Köpfe ermäßigt worden. Die Senkung der Gehälter und Löhne, entsprechend der Beamtengehälterkürzung (6 Proz.) brachte eine Ersparnis von 110 Mill. Reichsmark. Nach dem anhaltenden Rückgang bis Ende März ist übrigens im April eine Stabilität der Einnahmen eingetreten.

Kleine Chronik

Junkers Diebstahlzug hat am Donnerstag bei schlechtestem Wetter anlässlich der Tagung des Deutschen Museums einen Rekordflug Dessau-München durchgeführt. Die 440 Kilometer wurden in knapp vier Stunden zurückgelegt. An Bord befanden sich 8 Personen.

Einen furchtbaren Abschlus fand eine Wallfahrt des katholischen Mutterhaus Saarlouis, die nach Kasselburg geführt hatte. Ein Autobus, der mit 24 Frauen besetzt war, stürzte an einer scharfen Kurve auf lothringischem Boden um. 22 Frauen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Das Erdbeben in Armenien hat, wie aus Moskau mitgeteilt wird, 390 Todesopfer und 7420 Verletzte gefordert. 51 Dörfer wurden zerstört, und fast 6000 Stück Vieh sind umgekommen.

In Berged (Kalifornien) ereignete sich auf einem Bahnübergang ein Zusammenstoß zwischen einem mit Kindern besetzten Omnibus und einem Güterzug. Der Chauffeur und vier Kinder wurden getötet, 25 Kinder schwer verletzt.

Hochwasserkatastrophe in Baden

Schwere Schäden im Kraich- und Ffinzgan, Alb-, Murg-, Dos- und Taubertal

Schwere Hochwassererschäden wurden am Donnerstag infolge wolkenbruchartiger Regen und Gewitter in verschiedenen Teilen Süddeutschlands angerichtet, darunter auch in Mittelbaden. In Baden wurden besonders heimgesucht Bruchsal, das Dostal, Ettlingen, Durlach und Forzheim, ferner die Gegend von Bretten, Maulbronn und Dietlingen. Außerdem wurde im Norden des Landes das Taubertal heimgesucht. Die Polizei hat überall Dislokationen unternommen.

Im Verkehr der Reichsbahn gab es Störungen, die hauptsächlich durch Beschädigungen von Bahndämmen verursacht wurden. So zwischen Baden-Baden und Baden-Ost, Karlsruhe und Ettlingen, Karlsruhe und Durlach, Durlach und Weingarten, Söllingen und Bergheim. Der Verkehr erlitt aber auf den genannten Strecken keine Unterbrechung. Zwischen Ettlingen und Bergheim überfluteten die Wassermassen die Eisenbahngleise und auch die Landstraße in Höhe eines halben Meters, so daß jeglicher Eisenbahnverkehr und zunächst auch der Straßenverkehr unterbrochen werden mußte. Die Schnellzüge wurden umgeleitet. Heute morgen 2 Uhr wurde der Verkehr wieder aufgenommen. Abends war noch der Verkehr zwischen Durlach und Weingarten unterbrochen. Im Taubertal bei Bronnbach verursachte ein Dammschlag eine Verkehrsunterbrechung.

Die Mittelbahn mußte ihren Betrieb einstellen, da die Schienen bei der Station Spielberg-Schöllbrunn unterpflügt sind, so daß sie frei in der Luft hängen. Um den Verkehr nach Herrenalb aufrechtzuerhalten, mußten Omnibusse der Stadt Karlsruhe eingesetzt werden.

Bei Karlsruhe wurden zwei Familien, die auf den Fautenbruchwiesen zwischen Klippur und dem Scheibenhardt Wald eine Hühnerfarm besitzen, von der Karlsruher Berufsfeuerwehr in Booten und Flößen unter sehr schwierigen Umständen am Donnerstagabend gerettet. In Ettlingen mußte die Fabrik Wader & Sohn ihren Betrieb stilllegen, weil die Fabrikräume unter Wasser gesetzt wurden. Auf der Forzheimer Straße beim Waidberg ist der sogenannte Eiseller abgetrennt. In Murgzell wurden die Fischteiche überflutet, so daß die Forellen davonschwammen. Die obere Schöllbrunner Straße ist von den Wassermassen schwer in Mitleidenschaft gezogen, so daß die Postomnibusse sie nicht mehr befahren können.

In Bruchsal richtete der Saalbach schwere Schäden an. Die Kaiserstraße verwandelte sich zu einem reißenden Bach. Der Friedrichsplatz hatte einen Wasserstand von über einem Meter. Der Bahnhofplatz wurde vollständig überspült. Die Reisenden mußten teilweise außerhalb des Bahnhofsgeländes aufsteigen, da auch die Gleisanlagen unterpflügt waren. Die 6 Meter hohe Bahnunterführung ist bis zur Decke mit Wasser angefüllt. Auf den Straßen fuhrn Raddelboote und Flöße. Die Stadt ist ohne Gas und teilweise ohne elektrisches Licht. Auch der Telefonbetrieb der Stadt war bis 7 Uhr morgens gestört. Großen Schaden richtete das Wasser bei der an der Saalbach gelegenen Papierfabrik Metzger an. Sämtliche Papierwaren, die im Keller lagerten, sind vernichtet worden. Der Ursprung des Hochwassers liegt beim Ort Maulbronn, wo das Wasser das ganze Tal bis zum Allstensee überflutete. Der tiefe See hinter dem Kloster trat ebenfalls über die Ufer und seine Wasser ergossen sich in die Stadt.

In Bretten wurde der Landwirt und Gemeindevater Georg Junius, als er sein Vieh in Sicherheit bringen wollte, von der Wilhelmstraße, die ein reißender Wasserstrom durchzog, in den nahe vorbeiführenden Brühlgraben gerissen und von den Wassermassen unter eine Brücke gedrückt, so daß er ertrinken mußte. Das ganze Kraichgauertal stand bis zu einem Meter unter Wasser und war für jeden Verkehr gesperrt. In den niedriger gelegenen Straßen des Tals nach Forzheim sammelten sich die Wassermassen zu reißenden Fluten an. In Bretten selbst stand das Industriegelände mit seinen Fabrikanlagen vollkommen unter Wasser, so daß die Betriebe stillgelegt werden mußten.

In Murgtal wurde die Korrektion des Michelbaches bei Gaggenau vollständig vernichtet. Der Michelbach, dessen Korrektion die Stadt gerade mit einem Kostenaufwand von 60 000 Reichsmark durchgeführt hatte, stürzten schmutzig braune Wassermassen mit ungeheurer Schnelligkeit zu Tal, alles mit sich fortziehend, was sich in den Weg stellte. Die schwere Arbeit vieler Wochen war in wenigen Stunden vollkommen zerstört. Ufermauern und große Teile des Ufergeländes wurden weggespült. Das Unwetter hat auch ein reiches Steigen der Murg verursacht, so daß auch diese über die Ufer trat. In vielen Häusern steht das Wasser bis zu einem Meter in den Kellern. Auch im Dostal und in Baden-Baden hat am Donnerstag ein wolkenbruchartiger Regen in der Zeit von 4 Uhr morgens bis in die Nachmittagsstunden große Verheerungen angerichtet. Die Feuerwehre mußte alarmiert werden, da die Straßen auf lange Strecken stellenweise bis zu 40 Zentimeter unter Wasser standen und dieses auch in die Keller eingedrungen war. Der Straßenbahnbetrieb nach Dos und Lichtental mußte eingestellt werden. Besonders ist Baden-West und Lichtental betroffen.

Ein riesiges Ausmaß nahmen die Überschwemmungen im vorderen Dostal an. Die dortigen Fabrikanlagen wurden bis zu einem Meter unter Wasser gesetzt. Der Flugplatz und das anschließende Wiesengelände bilden einen See.

Im Taubertal wurden die Ortschaften der Bezirke Taubertal, Weisheim und Buchen betroffen. Im Tale der Brechbach, die bei Taubertal mündet, in die Tauber mündet, wurden Wassermassen festgestellt, wie sie seit dem Jahre 1875 nicht mehr beobachtet wurden. Schwer betroffen wurden vor allem die Orte Steinfurt, Steinbach und Sonderried, die auf der Höhe liegen, ferner die Talgemeinden Bessental und Vogtal. Die Kreisstraße nach Vörsal hat ungewöhnlich schweren Schaden gelitten. Die Tauber erreichte in Mergentheim mit 3,70 Meter am Donnerstagsabend 10 Uhr ihren Höchststand. Dem Hochwasser im Taubertalgebiet ist ein Reisender namens Kuben, ein Mann in den 50er Jahren, aus Königshofen gebürtig, bei Saalfenflur zum Opfer gefallen.

Die Verheerungen in Württemberg und Unterfranken In Württemberg wird Hochwasser aus Ehlingen, Zell bei Ehlingen, Ebersbach und Kirchheim gemeldet. Schwer betroffen sind ferner große Teile von Unterfranken, besonders die Ortschaften Hundsbach, Bonnlund, Harzbach, Dettelbach, Castell, Gelsheim, Bädigheim und Stadtprozelten. Schwere Hochwassererwähnungen werden schließlich aus dem Taunus gemeldet, wo die Stadt Homburg v. d. G. aus schwerer betroffen worden ist. Aus allen Meldungen geht hervor, daß die Bach- und Flußbetten die ungeheuren Wassermengen, die im Gefolge von Gewittern niedergegangen waren nicht hatten fassen können. Die Gewalt der Fluten riß Dämme ein und drang über die Straßen hinweg in die Häuser. In dem unter-

fränkischen Ort Gosbach kamen vier Menschen, zwei Erwachsene und zwei Kinder, beim Einmarsch einer kleineren Brücke um. Auch Württemberg meldet zwei Todesopfer. In Unterfranken ist beim Treibholzfischen ein 80jähriger Mann vor den Augen seiner Frau ertrunken. In Feuerbach fiel ein 16 Jahre alter Jüngling ebenfalls beim Holzfischen ins Wasser, wurde von einem Strudel erfasst und ertrank.

Das Reichsdefizit 1930/31

1,25 Milliarden

Das Rechnungsjahr 1930/31 hat für den Reichshaushalt mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, der höher ist, als er bei allem Pessimismus gefürchtet hatte. Der Fehlbetrag des Reiches ist nach dem Ergebnis des Monats März um 153,7 Mill. höher, als er bis Ende Februar geschätzt hatte, und ist damit von 1086 Millionen auf 1,25 Milliarden gestiegen.

Im gesamten Steuerjahr betragen die Einnahmen 10 283,2 Millionen, gegenüber einem Jahresoll von 11 632 Millionen, hinter dem sie also um 1349 Millionen zurückbleiben. Die Ausgaben betragen im Gesamtjahr 11 251,8 Millionen, gegenüber einem Jahresoll von 11 697,3 Millionen. Der Abschluß bringt im ordentlichen Haushalt einen Fehlbetrag von 888,6. Für den außerordentlichen Haushalt stellt sich der Fehlbetrag Ende März auf 261,0. Insgesamt ergibt sich mithin ein Fehlbetrag von 1249,6 gegen 1085,9 Ende Februar 1931.

Der Monat März hat danach alle vorherigen Berechnungen über den Haufen geworfen. Und der für 1931 angenommene Etat ist bereits jetzt in der Einnahmehälfte als zu günstig anzusehen. Für 1931 hatte Dietrich den Steuerausfall auf 700 Millionen geschätzt, von denen auf das Reich 440, auf Länder und Gemeinden 260 Millionen entfallen sollten. Nach dem Märzergebnis wird diese Schätzung zu günstig für das Reich sein. Und der April hat bekanntlich keine Besserung der Wirtschaftslage gebracht. Reich, Länder und Gemeinden werden daher mit höheren Steuerausfällen rechnen müssen. Denn mit dem Reichsetat sind alle ihre Voranschläge in die Luft gebaut. Die Ausgaben aber steigen ganz sicher. Das Reich schätzt den Mehrbedarf der Krisenfürsorge auf 400 Millionen über die Etatsätze hinaus; damit dürften die von den Gemeinden zu tragenden Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen auch die Voranschläge um einige hundert Millionen übersteigen. Woher das Geld genommen werden soll, ist durchaus ungewiß. Die Gemeinden haben ja bereits eine Umorganisation der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen, bei der sie nur noch feste Zuschüsse leisten, während die ganze Last auf das Reich fallen soll.

Um die Zollunion

Die Debatte in der französischen Kammer

In der französischen Kammer begann Donnerstag nachmittag die Debatte über die Interpellation zur deutsch-österreichischen Zollangleichung.

Der Vorsitzende des Zollauschusses der Kammer, Abg. Fougère, erklärte, die Urheber der deutsch-österreichischen Zollangleichung hätten sich bereit erklärt, das Abkommen dem Völkerbundrat zur Prüfung zu unterbreiten, aber sie hätten auf ihren Plan nicht verzichtet. Die Handelsbilanz Frankreichs sei seit 1913 ständig zurückgegangen, während die Handelsbilanz Deutschlands seit 1927 ständig steige. Deutschland habe es auf den Anschluß Österreichs abgesehen. Es wolle seine Hegemonie ausbreiten, während Österreich eine rettende Planke suche. Er fordere den Außenminister auf, in seiner Opposition gegen den Anschluß, der das ganze Werk der Zusammenarbeit zunichte mache, unadäquat zu sein.

Als Abnageray heute in der Kammer seiner Enttäuschung über die gleichgültige Haltung Englands und Italiens zum deutsch-österreichischen Zollangleichungsprojekt Ausdruck gab, griff Briand in die Debatte ein und erklärte, der englische Außenminister Henderson habe in Paris verlangt, daß die ganze Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht werden solle. In dieser Forderung sehe er weder eine unfreundliche Geste noch den Wunsch Englands, mit Frankreich zu brechen. Italien habe den Zusammenbruch des 1922 eingeleiteten Finanzkontrollauschusses verlangt. In allen diesen Fragen die überragende Einigkeit, und man müsse feststellen, daß die übrigen Alliierten um Frankreich einen engen Kreis der Solidarität geschlossen hätten. Man werde erkennen, daß Frankreich keineswegs isoliert dastehe.

Paris, 8. Mai. (Tel.) Die heutige Kammerdebatte dürfte etwas lebhafter verlaufen als die gestrige. Auch Louis Marin dürfte das Wort ergreifen, jedenfalls auch Herrit. Briands Rede wird gegen 17 Uhr erwartet. Man glaubt, daß eine Nachsitzung notwendig sein wird.

Der offiziöse „Petit Parisien“ erklärt heute wieder, schon jetzt stehe fest, daß sich eine bedeutende Mehrheit für die Regierungspolitik, das also auch die Politik Briands sei, zusammenfinden werde. Um diese Mehrheit zu erreichen, beruhe man, so berichtet „Matin“, eine Tagesordnung einzubringen, und zwar gebe sich hierzu der Honorer Industrielle Fougère, der Vorsitzende des Kammerauschusses für Zoll- und Handelsfragen, her. In seiner Tagesordnung werde formell erklärt, daß man jede Initiative ergreifen müsse. Für diese Tagesordnung würde fast einstimmig auch die Marin-Gruppe eintreten.

Badischer Teil

Der nationalsozialistische „Führer“ auf zwei Wochen verboten

Der Minister des Innern hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer“ mit Wirkung vom 7. Mai auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Anlaß zu diesem Verbot gaben die in den letzten Ausgaben des „Führer“ enthaltenen systematisch gehässigen Angriffe gegen die Polizei, der auf mehr oder weniger verheerliche Art vorgeworfen wurde, daß sie Angriffe kommunistischer Gruppen auf Nationalsozialisten billige und begünstige, daß sie ihre Pflicht als Hüterin der öffentlichen Sicherheit absichtlich und böswillig nicht erfülle und parteiisch nicht gegen die Angreifer, sondern gegen die Angegriffenen vorgehe. Die in den fraglichen Artikeln des „Führer“ enthaltenen Ausfälligkeiten stellen schwere Beschimpfungen und böswillige Verächtlichmachungen der Polizei dar und gleichzeitig den Versuch, die Staatsautorität zu erschüttern. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Der Gesetzentwurf einer Staats- haushaltsordnung in Baden

Grundlag: Keine Ausgaben ohne Deckung — Der eiserne
Rassenbestand — Die wirtschaftlichen Staatsbetriebe

Das neue Gesetz einer badischen Staatshaushaltsordnung ist
soeben im Druck erschienen und wird den Haushaltsausschuß
des Badischen Landtags in der nächsten Woche beschäftigen.
Das Gesetz umfaßt 40 Paragraphen und in seiner sehr ein-
gehenden Begründung wird ausgeführt, daß es nötig war, das
badische Haushaltsrecht in Anpassung an die Haushaltsbestim-
mungen des Reiches zusammenfassend neu zu regeln.

In dem ersten Paragraphen wird niedergelegt, daß der
Haushaltsplan grundsätzlich alle Einnahmen und Ausgaben
für den maßgebenden Haushaltszeitraum enthalten muß. Im
Haushaltsplan nicht vorgesehene Ausgaben müssen auf Aus-
nahmefälle beschränkt bleiben und sie dürfen den Gesamtab-
schluß, wie er nach dem Finanzgesetz festgesetzt ist, also die Ein-
nahmen und Ausgaben nicht wesentlich ändern. Die Regie-
rung ist verpflichtet, bei solchen überplanmäßigen Ausgaben
für die entsprechende Deckung besorgt zu sein, damit der Ge-
samtaberschluß der Hauptstaatsrechnung mit dem des Haushalts-
gesetzes im großen ganzen im Ergebnis übereinstimmt. Auch
der Landtag sollte, wenn die Ordnung im Staatshaushalt
nicht gestört werden soll, während eines Haushaltszeitraumes
neue oder erhöhte Ausgaben nur unter gleichzeitiger Beschaf-
fung der vollen Deckung beschließen.

An der bisherigen Übung, den Staatsvoranschlag für zwei
Jahre aufzustellen, soll grundsätzlich festgehalten werden.
Interessant sind die Erläuterungen über den sogenannten
Eisernen Bestand. Es ist das durch das Gesetz bestimmte Teil
des Betriebsvermögens, der erfahrungsgemäß zur ungehörigen
Aufrechterhaltung des Rassenverkehrs erforderlich ist. Es wird
festgelegt, daß die Rückkehr zu einem eisernen Bestand von min-
destens 15 Millionen Reichsmark, wie er im Jahre 1914 fest-
gestellt wurde, als geboten erachtet wird. Allein die monat-
lichen Gehaltszahlungen erfordern zur Zeit unter Berücksich-
tigung der sparsamsten Kürzung über 10 Millionen Reichs-
mark. Das Fehlen eines eisernen Bestandes würde neben der
Gefährdung der Rassenflüchtigkeit eine dauernde Belastung der
Staatskasse mit nicht nutzbringenden Zinsen bedeuten, weil die
Betriebsmittel dann im Weg kurzfristiger Schulden flüchtig
gemacht werden müßten.

Der außerordentliche Haushalt soll künftighin im wesent-
lichen auf Anleihen und die daraus zu beschaffenden Aus-
gaben beschränkt werden.

Die weiteren Paragraphen 4, 5 und folgende, befassen sich
mit der technischen Gestaltung des Haushaltsplanes. Neu ist
die Bestimmung in § 13 über die wirtschaftlichen Staatsbe-
triebe. Es wird darin bestimmt, daß staatliche Betriebe, die
mit Rücksicht auf ihren Wirtschaftszweck nach kaufmännischen
Grundsätzen geführt werden, mit vorheriger Zustimmung des
Finanzministers an Stelle einer getrennten Veranschlagung
der Einnahmen und Ausgaben mit ihrem voraussichtlichen
Ergebnis in den Haushaltsplan aufgenommen werden dürfen,
wenn die Art des Betriebes ein sicheres Wirtschaften nach
Einnahme- und Ausgabeansätzen des Haushaltsplanes nicht
zuläßt.

In dem § 16 wird sodann bestimmt, daß der Entwurf des
Haushaltsplans dem Landtag spätestens am 15. Januar des
Jahres vorgelegt werden soll, in dem der Haushaltszeitraum
beginnt.

Die Vorschriften im § 18 machen den Behörden zur Pflicht,
jede unnötige Ausgabe zu vermeiden. Die Haushaltsmittel
müssen so verwaltet werden, daß sie zur Deckung aller unter
die Zweckbestimmung fallenden Ausgabebedürfnisse ausrei-
chen. Wenn die Verabschiedung des Haushalts vor Beginn des
neuen Haushaltszeitraumes nicht erfolgt und die Regierung
durch Gesetz zur Weitererhebung der Steuern ermächtigt ist,
soll sie auch die zur Aufrechterhaltung der staatlichen Verwal-
tung nötigen Ausgaben zu leisten ermächtigt sein, ohne daß
hierfür wieder ein besonderes Gesetz zu erlassen ist.

Der § 24 dient der Einsparung am Personalaufwand. Er
bestimmt: Freie, planmäßige Stellen sind, soweit nicht der
Finanzminister eine Ausnahme gestattet, mit Beamten zu be-
setzen, die bei der eigenen oder einer anderen Verwaltung des
Staates entbehrlich geworden sind, und die erforderliche Vor-
und Ausbildung besitzen.

Aus den weiteren Gesetzesbestimmungen wäre noch der § 28
herauszugreifen, worin bestimmt wird, daß Änderungen im
Aufbau oder in der Gliederung der Behörden, die den Aus-
gabehaushalt möglicherweise erhöhen, nicht vor Zustimmung
des Landtags vollzogen werden können, auch wenn die Aus-
gabehöherung erst in einem künftigen Haushaltszeitraum zu
erwarten ist.

In § 31 wird die Beteiligung des Staates an Unternehmungen
festgelegt, und § 32 behandelt die Stundung von Zahlungs-
verbindlichkeiten gegen den Staat, die nur ausnahmsweise zu-
lässig sein soll. Es wird dabei festgelegt, daß die Erfüllung
der Verbindlichkeit durch die Stundung keine Gefährdung er-
fahren darf und daher genügende Sicherheit verlangt werden
muss.

Von besonderer Wichtigkeit sind auch die Bestimmungen des
§ 34 über Fehlbeträge und Überschüsse. Ein Fehlbetrag ist
spätestens in den Haushaltsplan für den übernächsten Haus-
haltszeitraum als ordentliche Ausgabe einzustellen, wenn nicht
vorher ein Ausgleich erfolgt. Ein Überschuß der gesamten
Einnahmen über die gesamten Ausgaben des ordentlichen
Haushalts soll in erster Linie zur Tilgung schwebender Schul-
den, sodann zur Verminderung des Anleihebedarfs im laufen-
den Haushaltszeitraum verwendet werden.

Das neue Gesetz soll rückwirkend am 1. April 1931 in Kraft
treten.

Die Verhandlungen der schweizerisch- badischen Rheinkommission

Die am Dienstag in Badenweiler begonnenen Verhandlungen
der schweizerisch-badischen Rheinkommission wurden am Donner-
stag abgeschlossen. Die Teilnehmer an diesen Verhandlungen unter-
nahmen dann noch zum Abschluß eine Besichtigungsfahrt nach
dem Schiffsbau-Werk. Zweck der Verhandlungen war, über die
Bau-Projektierung, den Bau und den Betrieb der Kraftwerke am
Odersee eine allgemeine Vereinbarung aufzustellen, nachdem
durch den Bau von Altdorf-Schiffbau, den Beginn von Al-
tdorf-Dogern und Redingen sowie über die Vorberhandlungen
für die anderen noch ausstehenden Kraftwerke gewisse Erfah-
rungen gesammelt wurden, die eine Vereinfachung der bis jetzt
zwischen Baden und der Schweiz angewandten Grundsätze wün-
schenswert erscheinen lassen.

Tagung der badischen Haus- und Grundbesitzer in Achern.
Am 6. und 7. Juni findet in Achern die Landestagung des
Haus- und Grundbesitzervereins statt.

Der Verband badischer Gemeindebeamten hält seine dies-
jährige Tagung am 9. und 10. Mai im Kurhaus „Wiedensel-
sen“ in Überbühlertal ab. Das Kurhaus ist Eigentum des
Verbandes.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Polizei im Hochwassergebiet

Der wolkenbruchartige Regen, der am Donnerstag seit den
frühen Morgenstunden ununterbrochen niederging, hat auch die
sonst friedlich dahinfließende Pfing in einen reißenden Strom
verwandelt, der auf beiden Seiten das Gelände überflutete.
Schon in den frühen Nachmittagsstunden trieben auf den
schmutziggelben Wasserflächen Holzstämme, Möbelstücke usw.
daher und von Minute zu Minute stieg die Flut. In den
Orten Grödingen, Berghausen und Söllingen drang das Was-
ser alsbald in die Häuser ein und füllte vor allem die Keller-
räume, teilweise bis zu einer Höhe von über 2 Meter. Das
Wasser überflutete auch die Bahnhöfe, so daß der Zug-
verkehr etwa von abends 6 Uhr bis heute morgen um 2 Uhr
eingestellt werden mußte.

Gestern abend um halb 6 Uhr wurde die Karlsruher Polizei
zur Hilfeleistung gegen die Hochwassergefahr alarmiert. Sie
begab sich zunächst nach Grödingen. Die aus 36 Mann be-
stehende Hilfsgruppe wurde in 3 Rettungstrupps eingeteilt,
die dort einzugreifen hatten, wo die Hilfe am nötigsten war.
Besonders bedroht waren dort die Einwohner eines ganz nahe
am Flußufer befindlichen Hauses in der Feintagstraße, wo
vier Personen teils auf einer Leiter, teils auf den Schultern
der Polizeibeamten durch das reißende Wasser herausgetragen
werden mußten. Darunter befand sich auch eine 83jährige
Frau Koller. Die Bergung der gefährdeten Personen be-
reitete erhebliche Schwierigkeiten, gelang aber glücklich. Im
Zusammenwirken mit der Feuerwehr ging die Polizei alsdann
an die Errichtung eines Notlagers.

Während der Ausführung dieser Arbeiten wurde auch von
Berghausen aus mit Hilfe gerufen. Da es inzwischen dunkel
geworden war, stellte die Polizei zur Beleuchtung der Brücken-
pfeiler einen großen Scheinwerfer auf, um der Feuerwehr das
Abziehen des angetriebenen Holzes, Baumstämme usw., zu
ermöglichen. Die großen Scheinwerfer der Polizei haben sich
bei diesem Anlaß ausgezeichnet bewährt, ebenso in Söll-
lingen, wo er zur Beleuchtung der Brücke eingesetzt wurde.
Auch dort leistete die Polizei im Verein mit der Feuerwehr
die notwendige Hilfsarbeit.

Eine später zugezogene Abteilung von 20 Mann regelte
im Zusammenwirken mit der Gendarmrie den Verkehr auf
der in der Richtung Durlach-Bruchsal gehenden Landstraße,
die auf eine weite Strecke vollständig unter Wasser gesetzt
war und deshalb gesperrt werden mußte. Eine Zeitlang schien
es, als ob das Durlacher Krankenhaus ernstlich gefährdet
wäre, und man dachte schon an die Notwendigkeit einer Räumung,
die glücklicherweise nicht durchgeführt zu werden brauchte.
Gegen Mitternacht war das Wasser wieder so weit gefallen,
daß keine weitere Gefahr mehr vorhanden war. Ein Teil
der Polizeimannschaften konnte dann wieder zurückgezogen
werden, ein anderer blieb in Berghausen zur Regelung des
Verkehrs über die Brücke und außerdem blieben auch noch
die Scheinwerfer zurück.

Heute früh nach 8 Uhr konnten diese Beamten wieder nach
Karlsruhe einrücken. Die rasche und energische Hilfeleistung
der Polizei wurde überall dankbar begrüßt. Das Hochwasser,
das jetzt wieder abgelaufen ist, hat auf den Feldern und in
den Häusern der betroffenen Gebiete erheblichen Schaden an-
gerichtet. Noch jetzt stehen weite Flächen unter Wasser, die
Straßen sind aufgetaut, das Wasser steht hoch in den Kellern
und muß herausgepumpt werden. Wie die Einwohner er-
zählen, ist ein derartiges Hochwasser der Pfing seit 80 Jah-
ren nicht mehr erlebt worden.

Zum 60. Geburtstag Dr. Albert Knittels, des Verlegers
der „Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger“, haben
u. a. noch folgende Stellen und Persönlichkeiten gratuliert:
die Presseabteilung der Reichsregierung, die Presseabteilung
der badischen Regierung, der Präsident der Oberpostdirektion
Karlsruhe, die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und
Baden, das Institut für Zeitungswesen, Heidelberg, Deut-
sch-Druckerverein Kreis IV in Stuttgart, Herausgeberverband
der württembergischen Tageszeitungen, Verein der württembergischen
Telegraphen-Verleger, Verein Karlsruher Presse, Continental-
Telegraphen-Compagnie (Wolff's Telegraphisches Büro) in
Berlin, Telegraphen-Union in Berlin, Süddeutsche Monats-
hefte, München, Oswald Spengler.

Das Schreiben der Presseabteilung der badischen Regie-
rung lautet:

„In dankbarer Anerkennung wird am heutigen Tage,
Ihrem 60. Geburtstag, nicht nur die Presse Süddeutsch-
lands, sondern auch des ganzen Reiches Ihrer Gedanken, als
eines uneigennütigen und zielbewußten Vorkämpfers des
deutschen Zeitungswesens. Die Presseabteilung möchte im
Kreis der Glückwünschen nicht fehlen. Auch sie entbietet
Ihnen die herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche. Mögen
Ihnen noch viele Jahre gleich erfolgreicher Arbeit in bester
Gesundheit beschieden sein.“

Das Schreiben des Vereins Karlsruher Presse hat folgen-
den Wortlaut:

„Zu Ihrem sechzigsten Geburtstag entbietet Ihnen auch
unser Verein Karlsruher Presse herzlichste Glück- und
Segenswünsche. Wir wissen die ungeheure Fülle an Arbeit, die
Sie während eines Menschenalters im Dienste des deutschen
Zeitungswezens geleistet haben, vollwertig einzuschätzen und
knüpfen deshalb gleichzeitig an unsere Glückwünsche die
wärmste Anerkennung für all das, was Sie in dieser Arbeit
zur Förderung des Ansehens des Journalismus beigetragen
haben. Möge es Ihnen gegönnt sein, die Früchte Ihrer un-
ermüdbaren Tätigkeit in einem schönen Lebensabend genie-
ßen zu können und möge Ihnen noch eine ganze Reihe von
Jahren geschenkt sein, die Ihnen Glück und Freude bringen.“

60. Geburtstag. Eine bekannte und angesehene Persönlich-
keit, die namentlich denen, die als Abgeordnete, Regierungs-
bevollmächtigte und Journalisten im Badischen Landtagsgebäude ein-
und ausgehen, durch sein stets freundliches und gefälliges We-
sen vertraut ist, Kammerfotograf Karl Zuber, kann am
heutigen Freitag, den 8. Mai, seinen 60. Geburtstag feiern.
Dem pflichtgetreuen, hieblosen Mann, der bei allen, die ihm
dienlich und aufredlich nahe kommen, gleich beliebt und
geschätzt, auch unsere Glückwünsche.

Eine Muttertagsfeier findet Sonntag, den 10. Mai, nachm.
5 Uhr, in der städt. Festhalle statt. Sie veranstaltet der Reichs-
bund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Fam-
lie e. V. Ortsgruppe Karlsruhe. Die Feste hält Direktor
Dr. Dietrich, Mannheim, Vorsitzender des Landesverbandes.
Eine umfangreiche Vortragsfolge mit Musikvorträgen, Soli-
sten, Tanzgruppen usw. ist vorgesehen.

Politische Weibereien vor Gericht. Vor dem Schöffengericht
Karlsruhe standen der Jugendpfleger Arthur Jaffel und der
Buchdrucker Eugen Arnet aus Durlach, die beide der Sozial-
demokratischen Partei nahestehen, wegen Körperverletzung vor
Gericht. Sie waren beschuldigt, den Angehörigen der National-
sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, den Feixeur August
Reich, am 16. Oktober 1930 in Durlach mißhandelt zu haben.
Das Urteil lautete auf je 50 M. Geldstrafe. Drei Mitan-
geklagte wurden freigesprochen.

Der große Fiskus Gleich wird in der Zeit vom 12. bis
17. Mai in Karlsruhe Vorstellungen geben. Dazu haben die
Reichsbahn und die Altbahn Sonderzüge vorgesehen. Ebenso
werden die Straßenbahn und die Autolinien besondere Ver-
kehrsverbindungen schaffen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe
vom Freitag morgen: Der in der Nacht zum Donnerstag durch
den Einbruch maritimer Luft eingetretene Regen dauerte
gestern in Nordbaden circa 16 Stunden nahezu ununterbro-
chen an und lieferte strichweise bis etwa 80 Liter pro Qua-
dratmeter. Am Abend hörten die Niederschläge auf, da ein
Zwischenhoch von Südwesten heranzog. Unter dessen Einfluß
hat es gestern auch aufgehört. Die Besserung wird aber
nicht von langer Dauer sein. Von Westen rückt ein neues
Tief her, das voraussichtlich morgen Bewölkungszunahme
verursachen wird. Vor Einsetzen der neuen Störung ist mit
Erwärmung zu rechnen. — Wetterausichten: Wärmer, Be-
wölkungszunahme, weiter noch vorwiegend trocken bei schwa-
chen Winden aus Südwesten.

Wasserstände: Waldshut 330 plus 38, Basel 146 plus 40,
Schutterinsel 212 plus 42, Rehl 317 plus 4, Maxau 548
plus 44, Mannheim 523 plus 108, Caub über 200 Zentimeter.

Gemeinderandschau

Die Mannheimer Etatsberatung

Im Vorbergrunde der am Donnerstagnachmittag fortge-
setzten Mannheimer Bürgerausschüsse stand die Etatsrede
des Oberbürgermeisters Dr. Heimerich.

Er führte aus, daß der Voranschlag für 1931 zum Teil von
den ungeheuer gestiegenen Wohlfahrtsausgaben beherrscht
werde, die im Jahre 1914 nur 15,3 Prozent des Zuschußbe-
darfes erforderten, jetzt aber 44 Prozent. Die Stadt habe als
öffentliche Körperschaft durch Aufträge und Bestellungen wes-
entlich zur Behebung der Wirtschaft beigetragen, jetzt sei die
Stadt aber auch am Ende. Er müsse als verantwortlicher
Leiter der Stadtverwaltung nunmehr gegen alle weiteren In-
vestitionen Einspruch einlegen und auf Durchführung von
Maßnahmen drängen, die ihm ebensowenig gefallen könn-
ten, als sie die Befriedigung der Parteien erregen könn-
ten. Es sei auch Pflicht der Länder, besonders schwer be-
lasteten Gemeinden Hilfe zu leisten. Der preußische Staat
habe vor kurzem einem Gesetzesantrag zugestimmt, wonach
Preußen den Gemeinden zur Erleichterung ihrer Fürsorge-
lasten 250 Millionen Reichsmark zuwenden solle. Öffentlich
folge Baden nach. Wenn die Länder jetzt ihren Gemeinden
nicht helfen könnten, dann sei der Beweis erbracht, daß es
endlich an der Zeit sei, an die längst fällige große Verwal-
tungsreform in Deutschland heranzugehen.

Die nun folgende Generaldebatte brachte allerlei Zwischen-
fälle heftiger und ernster Art, ebenso verschiedene Ordnungs-
rufe, doch verlief der Donnerstag bedeutend ruhiger, als die
Mittwochssitzung. Heute, Freitag, nachm. 4 Uhr, beginnt die
Spezialberatung.

Die Vorgänge am Mittwoch führten am Donnerstag zu
einem neuen Beschluß des Stadtrats über die Geschäftsor-
dnung des Bürgerausschusses, wonach die Forderung auf na-
mentliche Abstimmung nur erfolgen kann: entweder auf An-
ordnung des Vorsitzenden des Bürgerausschusses, oder wenn
die Mehrheit der anwesenden Mitglieder dies verlangt. Über
Anträge zur Geschäftsordnung, über die Handhabung der
Geschäftsordnung, über sonstige geschäftsmäßige Vorgänge so-
wie über alle anderen, nicht einen sachlichen Gegenstand be-
treffenden Anträgen findet eine namentliche Abstimmung nicht
statt. Eine Entscheidung des Bürgerausschusses über diese
Änderungen seiner Geschäftsordnung soll erst dann herbei-
geführt werden, wenn mit der Institution der namentlichen
Abstimmung erneut derartige Mißbrauch getrieben wird wie
in der Mittwochssitzung.

Der Haushaltsplan der Stadt Pforzheim

Die Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß in Pforz-
heim wurde von Oberbürgermeister Gündert mit einer län-
geren Etatsrede eingeleitet.

Danach ist die Stadtverwaltung bei der Beurteilung der
Entwicklung der Verhältnisse und der sich hieraus für die
städtische Finanzwirtschaft ergebenden Folgerungen davon aus-
gegangen, daß der gegenwärtige Konjunkturstand auch noch
im Etatsjahr 1931 andauern werde. Diese Annahme rech-
tfertigt vor allem auch ein Blick auf die Lage der die Pforz-
heimer Verhältnisse beherrschenden Industrie. Das Wort, so
führte der Redner weiter aus, daß die politischen Geschehnisse eines
Staates von nichts so sehr abhängen, wie von seinen Finan-
zen, habe sich in wenigen Perioden der deutschen Geschichte so
bestätigt, wie gerade in den letzten Jahren. Aber dieses Wort
gelte nicht minder auch für die Haushalte der Gemeinden.
Zwei Faktoren vor allem seien es gewesen, durch die in den
beiden letzten Jahren das ursprünglich vorhandene Gleichge-
wicht unserer Haushalte immer wieder über den Haufen ge-
worfen wurde: der ständige Rückgang der Steuererträge in-
folge des Konjunkturabwärtens und zweitens die durch die-
selbe Ursache bewirkte Erhöhung und außerordentliche Stei-
gerung der Wohlfahrtslasten. Der Oberbürgermeister gab
dann ein anschauliches Bild der Arbeit in der Stadtverwal-
tung und betonte zum Schluß: Wir können in allem Ernste
betonen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Grundlage
unserer Stadt innerlich gesund und über die Nöte des ver-
gangenen Jahres hinweg tragfähig erhalten geblieben ist. Der
Kredit unserer Stadt ist unerschüttert. Mögen auch die ge-
genwärtigen Verhandlungen dieser Tatsache Rechnung tragen.

Die danach folgende Aussprache verlief in durchaus ruhigen
Bahnen. Die Beratungen hofft man am Freitag zu Ende
zu führen.

Die Nationalsozialisten lehnten den Haushaltsplan ab, des-
gleichen die Kommunisten. Die Redner der übrigen Parteien
stimmten ihm zu, nur der Sprecher der Volkrechtspartei er-
klärte, auch diese Gruppe würde gegen den Voranschlag stim-
men, wegen des Unrechts, das man den Sparern zugefügt
habe.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	8. Mai		7. Mai	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	168.61	168.95	168.52	168.87
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.53	112.50	112.51
Italien 100 L.	21.96	22.00	21.965	22.005
London 1 Pfd.	20.404	20.444	20.402	20.442
New-York 1 D.	4.1950	4.2030	4.1950	4.2030
Paris 100 Fr.	16.391	16.431	16.394	16.434
Schweiz 100 Fr.	80.82	80.90	80.795	80.975
Wien 100 Schilling	59.02	59.14	59.02	59.14
Brag. 100 Kr.	12.427	12.447	12.428	12.448

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung
des Reichsbankdirektoriums vom 6. Mai 1931 beträgt der
Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres
84 sh 10/16 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7335 Pence.

Von den Börsen

Die Enttäuschungen der letzten Börsenwoche haben sich noch weiter fortgesetzt. Während jedoch in der letzten Berichtswochen für die Börsenentwicklung die amerikanischen Abgaben ausschlaggebend waren, haben jetzt innerdeutsche Entwicklungs-tendenzen mehr und mehr an Einfluss gewonnen. Wenn auch kurzfristig eine Abschwächung nicht klar in Erscheinung tritt, so sind doch Stimmungsmäßig die schwachen Momente überwie-gend. Beunruhigend wirken vor allem die Ausfichten über die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt.

Farben waren nach dem Bekanntwerden der 12prozentigen Dividende anfangs fester veranlagt, schlossen sich dann der Ab-schwächung an und konnten schließlich auf Grund des günstigen Geschäftsberichtes sich einigermaßen erholen. (145,25, 148,5, 142%, 144%) Deutsches Linoleum verlor auf ungünstige Dividendenschätzungen hin, die sich später bewahrheiteten, an-nähernd sieben Punkte (86% - 80), Kaliwerte litten unter Abgaben des Auslandes und konnten sich erst Donnerstag wie-der einigermaßen erholen. Reichsbank stellte sich nach 163% exklusive Dividende auf 150,5, sank bis 143% und erholte sich auf 146. Die Vorzüge der Baiflers vermochten das Kurs-niveau nicht ernstlich zu gefährden. Am Anleihemarkte war die Tendenz nachgebend und geschäftlos. Pfandbriefe neig-ten zur Schwäche und Reichsbankbuchforderungen konnten sich knapp behaupten.

Redar AG. In der schon erwähnten Aufsichtsratsitzung in Heidelberg wurde mitgeteilt, daß das letzte Geschäftsjahr der Stromgewinnung ertragreich war; die anfallende Energie konnte zu regelrechten Vertragspreisen abgegeben werden. Für Verhandlungen über eine Erhöhung des Aktienkapitals von gegenwärtig 13 Mill. RM. erhielten Vorstand und Finanz-kommission Vollmacht. Eine Zuführung neuer Mittel ist da-mit jedoch — der „Frankf. Ztg.“ zufolge — nicht verbunden. Es handelt sich um die Umwandlung eines weiteren Teiles der langfristigen Darlehen von Reich und Ländern in Aktien-kapital, wie schon im Vorjahr (damals in Höhe von 7,64 Mill. Reichsmark). Es soll dadurch das bilanzmäßige Verhältnis zwischen Aktienkapital und Darlehen verbessert werden. Aber den diesmaligen Betrag schweben noch Verhandlungen.

Baugeldzuteilung bei der Badischen Landesbauparcelle Mannheim. Bei der am Mittwoch stattgefundenen fünften Baugeldzuteilung der Badischen Landesbauparcelle gelangten 184 000 RM. zur Verteilung. Berücksichtigt wurden 22 Bau-sparter mit Beiträgen bis zu 30 000 RM.

Die deutschen Zudergrundbesitzer. Die Wirtschaftliche Vereinigung der deutschen Zuderindustrie hat in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die vom Reichsernährungs-minister geforderte Grundbesitzerliste der deutschen Zuder-fabriken Stellung genommen.

Aus den Nachrichten aus Baden

Politische Zusammenhänge in Freiburg

W.D. Freiburg i. Br. Die Nationalsozialisten veranstal-teten am Donnerstagabend einen Demonstrationsszug. Dabei kam es am Fahnenbergplatz zu einer Schlägerei zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Demonstranten. Es wurden einige Nationalsozialisten, die zurückgeblieben wa-ren, verprügelt. Am Hauptbahnhof formierten sich die Natio-nalsozialisten von neuem und zogen dann in die „Harmonie“, wo sie eine Versammlung abhielten. Am 23 Uhr kam es — der „Freib. Ztg.“ zufolge — besonders in der Vertalbitage zu neuen Unruhen. Das Überfallkommando säuberte die Straße mit dem Gummifnüttel.

D3. Konstanz, 7. Mai. Der Chef der deutschen Seeres-leitung, General Freiherr von Hammerstein-Equord, befindet sich mit etwa 30 Offizieren des Reichsmarineministeriums auf einer Dienstreise in Konstanz. Gestern fand Truppenbesichti-gung mit Parade statt.

hd. Neufach bei Überlingen, 7. Mai. Auf dem Schrei-tisch des Polizeibehörders Gerhard Segner fand dessen vier-jähriger Sohn einen Dienstreiber. Der Knabe nahm ihn an sich und ging in den Garten, um den Revolver seiner drei Jahre alten Schwester zu zeigen. Im Garten gab das Kind einen Schuß auf die Schwester ab, der ihr durch Hals und Wange drang. Der Tod trat alsbald ein.

Mannheim, 8. Mai. Die Mannheimer Polizei veranstaltet, wie mitgeteilt, zur Zeit eine Verkehrserziehungswache, und zwar wird ein Kreisauschreiben veranstaltet, bei dem bis jetzt 160 000 Zettel durch die Schulleute an die Passanten und Schulkinder verteilt worden sind. Die Mannheimer müssen nun raten, welche Fehler die im Kreisauschreiben glossierte „Familie Murks“ beim Straßenaufschreiben usw. verbrochen hat. Die Polizisten selbst erteilen in diesen Tagen (und zwar, laut Polizeibericht, täglich über 10 000!) Belehrungen, während Strafzettel in dieser Woche vollkommen außer Kurs sind.

**Staatsanzeiger
Personeller Teil**

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhezetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Ernannt:
Justizassistent Karl Münch beim Notariat Wolfach zum Justizsekretär, Justizaktuar Otto Götner beim Amtsgericht Tauberbischofsheim zum Justizassistenten.

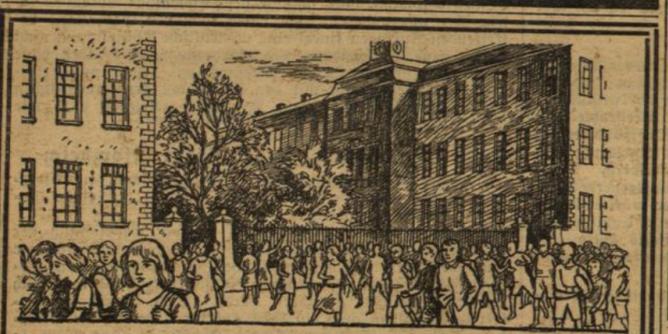
Belegt:
Die Gerichtsvorwarter Hermann Piller beim Amtsgericht Philippsburg zum Amtsgericht Wühl und Hermann Megeer beim Amtsgericht Neffrich zum Amtsgericht Freiburg, Justiz-inspektor Bertin Winterhalter beim Amtsgericht Ettlingen zum Amtsgericht Baden, die Kanzleischreiber Karl Kehler beim Notariat Schwellingen zum Amtsgericht Mannheim und Alois Kraus beim Notariat Freiburg zum Amtsgericht Donaueschingen, Oberaufseherin Elisabeth Jodars beim Bezirksgefängnis II in Freiburg zur Frauenstrafanstalt in Bruchsal und Aufseher Albert Zucht zum Bezirksgefängnis Wültingen zum Landesgefängnis Mannheim.

Zur Ruhe gesetzt:
Kanzleisekretär Heinrich Bach beim Notariat Offenburg bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

FESTHALLE
„Ein Abend bei Johann Strauß“
Johann Strauß
früherer k. u. k. Hofballmusikdirektor mit seinem Wiener Orchester
Pressestimmen:
London, Daily Chronicle: ... Kein Wunder, daß die immense Queens Hall siebenmal ausverkauft war ...
Turin, La Stampa: ... Ein genialer Dirigent ... eine bewundernswürdige Orchesterdisziplin ... rasender Beifall ...
Amsterdam, Alg. Handelsblad: ... vor ausverkauftem Concertgebouw starker Beifall ...
Basel, Basler Nachrichten: ... Das Publikum ... und wiederum lobten die Zuschauer ...
Wien, Neues Wiener Journal: ... Strauß verstand es, das Publikum zu wahren Beifallsorgien hinzureißen ...
L. 177
Die wirtschaftlichen Verhältnisse angepaßte billige Eintrittspreise.
Karten von 1,10 bis 3 RM. in der Musikalienhandlung u. Konzertdirektion Kahler, Ecke Waldstr.
FRITZ MÜLLER
Freitag, 15. Mai 20 Uhr
kommt

Reichsunfallversicherung
Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft
Sektion 2, Karlsruhe
Kriegsstr. 35 II C Fernsprecher 7770
Einladung
Gemäß § 23 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion 2 hierdurch zur
46. ordentlichen Sektionsversammlung
auf Mittwoch, den 3. Juni 1931, vormittags 11 Uhr, im „Rathausaal“ in **Karlsruhe** (Baden) eingeladen.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht für das Jahr 1930.
2. Rechnungsbericht für das Jahr 1930.
3. Wahl der Rechnungsprüfer.
4. Voranschlag für das Jahr 1932.
5. Anträge und Sonstiges.
Karlsruhe, den 5. Mai 1931. R. 183
Der Sektionsvorstand:
Ferdinand Dolbt, Vorsitzender.

Reichsbund der Kinderreichen
Deutschlands zum Schutze der Familie e. V.
Landesverband Baden
Geschäftsstelle: Coppenstraße 33 Fernruf 600
Einladung
Am Sonntag, den 10. Mai — dem Muttertag — findet nachmittags 5 Uhr im großen Saal der Festhalle ein
Festakt zu Ehren der Mutter
statt unter Mitwirkung der Feuerwehrtabelle, von Frau Haberkorn, Solistin am Landestheater, Herrn Staatschauspieler U. v. d. Trend, dem Trio Wigen-bader und der Tanzschule Mertens-Leger. Wir laden die gesamte Einwohnerschaft zur Teilnahme ein. Programm findet am Saaleingang erhältlich.
Saaleröffnung 1/5 Uhr.
Der vorbereitende Ausschuß.
R. 182



Lebensvoller Rechenunterricht:
Für das neue Schuljahr liegt vollständig vor:
Badisches Rechenbuch
Neubearbeitung 1931 von
A. Anzlinger, A. Grimm, D. Ischler, S. Limbed
Das Badische Rechenbuch mit dem Bildschmuck von L. Rohrer hat sofort den Beifall der Lehrerschaft und der Schulkinder gefunden. Als billige und dauerhafte Vermittel werden deshalb die neuen Hefte im ganzen Badenerland zur Belebung des Rechenunterrichts beitragen. Arbeitsschule und Heimatgedanke werden durch diese Neubearbeitung gefördert.
Die ersten Urteile aus Schulkreisen:
„Das Rechenwerk steht unter dem Prinzip und im Dienst der Arbeits- und Heimatschule und wird den Rechenunterricht interessant gestalten und freudig beleben. Die Aufgaben gefallen durch ihre Wirklichkeitsnähe und entbehren glücklicherweise, wo es möglich war, der unnötigen Fragestellung und fordern das Kind zur selbsttätigen Stellung und Lösung des Rechenproblems auf. Vorzüglich ist die Zusammenfassung der Aufgaben in größere Zusammenhänge. Auch die Menge der Tabellen bieten nicht nur eine Fülle von Rechengeschäften aller Art zur Übung und Befestigung der Rechenfertigkeit, sondern sind auch geeignet, das Kind zur übersichtlichen Darstellung und Ordnung anzuleiten. Außerdem bereichern und vertiefen sie die Kenntnisse in Heimat- und Vaterlandskunde. Die Art, wie der Zahlenraum erweitert wird, ist anschaulich und gut.“
„Es ist in seinem freundlichen Gewand das Schönste, in seiner glänzenden methodischen Durcharbeitung das Wertvollste, in seinen Aufgabenkreisen das anregendste badische Rechenbuch, ein Werk wie aus einem Guß, das man nicht nur mit gutem Gewissen, sondern mit wirklicher Freude empfehlen kann.“
Schülerheft I — 60 II — 75 III — 90 IV — 90 V — 95
Lehrerheft I 1,50 III 2,10 IV 2,10 V 2,20
Prüfungsstücke sendet auf Wunsch der
Verlag G. Braun, Karlsruhe
Karl-Friedrich-Str. 14
Bücher der badischen Schule und der badischen Heimat

Staats- u. Gemeindebehörden
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der
KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

R. 444. Bruchsal. Nach Bestätigung des Vergleichs wurde das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Bleier & Co., Eierzeugwarenfabrik in Bruchsal, Alleinhaber Kaufmann Heinrich Drehsch, aufgehoben. Bruchsal, den 4. Mai 1931. Amtsgericht IV.

Badisches Landestheater
Samstag, den 9. Mai 1931
* E 23 Th.-Gem. 1251—1400
Wilhelm Tell
Von Schiller
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Emmerich, Frauen-dorfer, Genter, Särzner, Seiling, Bauer, Hebesen, Baumbach, Dahlen, Graf, Herz, Hierl, Höder, Hofpach, Just, D. Kienischer, S. Kien-scher, Kloeble, Kubne, Rehner, Müller, Ritter, Schulze, v. d. Trend, Froh-mann, Grimm, Lütger, Reyer, Seibert, Bindemann
Anfang 20 Ende 22 1/2, Preise A (0,70—5 RM)

Bezirkssparkasse Heberlingen a. B.
Öffentliche Verbandssparkasse
Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	67 404,39	Spareinlagen	3 867 467,86
Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassendirektionen	273 734,52	Aufwertungs-spareinlagen	1 130 181,73
Wertpapiere	94 500,—	Giro- und Kontokorrent-einlagen	431 190,89
Wechsel	152 387,45	Anlehens-Schulden aus III. America-Anleihe	123 573,23
Darlehen auf Hypotheken	2 692 524,12	Rücklagen	
Darlehen in laufender Rechnung an Private	496 414,09	a) gesetzl. Reservefonds	156 189,93
Darlehen auf Schuldschein	304 510,86	b) Sonderrücklage	5 000,—
Darlehen auf Faustpfand	1 580,—	Reingewinn v. Jahre 1930	60 203,88
Darlehen an Gemeinden	434 635,44		
Einlage beim Sparkassen- und Giroverb.	87 200,—		
Einnahmerückstände und Stückzinsen	76 603,89		
Verwaltungsgebäude	1,—		
Sonstige Grundstücke	29 000,—		
Gerätschaften	1,—		
Aufwertungs-forderungen	999 259,98		
Rückständige Aufwertungs-zinsen	19 586,14		
Fehlbetrag aus Aufwertung	44 464,65		
	5 773 807,52		5 773 807,52

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 4 298 653,75 RM Einlagen = 214 932,94 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 216 393,81 RM
somit mehr = 1 460,87 RM
Heberlingen, den 16. März 1931. R. 443
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Emmerich, Bürgermeister.
Der Geschäftsführer: Götter, Direktor.

Druck G. Braun, Karlsruhe.